PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

ORGAN DER MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS (MLÖ)

Nr.58 | 1. Juni 1966 | Einzelpreis S 3,-



"AN DIE ARBEIT DENN, GENOSSEN ! VOR UNS LIEGT EINE SCHWIERIGE UND NEUE, ABER GROSSE UND DANKBARE AUFGABE !"
(Lenin)

ZUR POLITISCHEN LAGE

Referat des Genossen Armin Freudmann auf der Gründungskonferenz der MLÖ

Genossinnen und Genossen !

Wenn wir uns heute, am 1. Mai, hier in einem Saal versammelt haben, anstatt auf der Straße zu demonstrieren, könnte das den Anschein erwecken, daß wir auf eine jahrzehntealte revolutionäre Tradition verzichten. In Wirklichkeit heißt es aber, der revolutionären Tradition des 1. Mai lebendigen Sinn zu verleihen, wenn wir gerade diesen Tag benützen, um eine auf den revolutionären Grundsätzen beruhende Kampforganisation zu schaffen - auch wenn das in einem Saal geschehen muß.

Angesichts der bedauerlichen Tatsache, daß es infolge der revisionistischen Entartung der KPÖ in Österreich seit längerem keine revolutionäre Arbeiterpartei mehr gibt, ist die Gründung einer Organisation, die sich die Schaffung einer solchen Partei zum Ziel setzt, im gegenwärtigen Zeitpunkt die notwendigste und zugleich würdigste Aktion, die den Kampftraditionen des 1. Mai gerecht wird.

WIR SIND TEILNEHMER EINER WELTUMSPANNENDEN BEWEGUNG

Wir alle, die wir uns hier versammelt haben, um die Organisation der Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ) zu gründen, haben daher alles Recht, uns als Teilnehmer an der großen, weltumspannenden Kampfaktion aller revolutionären Kräfte zu fühlen, die an diesem 1. Mai in allen fünf Kontinenten für Frieden, sozialen Fortschritt, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus demonstrieren.

Wir können und wollen daher von unserer Gründungskonferenz aus unsere uneingeschränkte Solidarität mit allen fortschrittlichen und revolutionären Kräften, mit allen Kämpfern für die hohen Ziele der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung in allen Teilen der Erde zum Ausdruck bringen!

Unsere Solidarität gilt allen Klassenbrüdern in den anderen kapitalistischen Ländern, die gegen ihre eigenen und gegen ausländische Kapitalisten kämpfen und dabei auch im Ringen um die Erfüllung der kleineren, tagespolitischen Forderungen das große Anliegen, das hohe Ziel der Arbeiterklasse, die Errichtung des Sozialismus in ihrem Land, nicht aus den Augen verlieren.

Unsere Solidarität gilt auch allen Klassenbrüdern in Österreich und anderen kapitalistischen Ländern, die zwar in letzter Konsequenz das gleiche Ziel wie wir erstreben, aber von Illusionen über die bürgerliche Demokratie und verbürgerlichte Parteiführer befangen, in der ehrlichen, wenn auch unrichtigen Überzeugung, damit der Sache des Sozialismus zu dienen, heute noch hinter den Fahnen der Bannerträger des Opportunismus und Revisionismus marschieren. Wir sind überzeugt, daß viele von ihnen und auch viele von denen, die heute überhaupt nicht auf die Straße gehen, früher oder später den 1. Mai mit uns gemeinsam für das gemeinsame Ziel des Sozialismus als echten Kampftag der internationalen Arbeiterklasse begehen werden.

Unsere Solidarität gilt den Werktätigen aller sozialistischen Länder, die am Aufbau und Ausbau des Sozialismus arbeiten; auch jenen, die heute durch die revisionistische Entartung ihrer Parteiführung auf einen Weg gedrängt worden sind, der die Erhaltung ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnung ernstlich in Frage stellt und die Gefahr einer Rückentwicklung

Ministerpräsident Tschous Vier-Punkte-Erklärung über Chinas Politik in bezug auf die Vereinigten Staaten

In einem Interview mit dem Korrespondenten der pakistanischen Zeitung „Dawn", Herrn Ejaz Husain, am 10. April 1966 gab Ministerpräsident Tschou En-lai eine Vier-Punkte-Erklärung über die Politik Chinas in bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika ab. Der Text der Erklärung lautet wie folgt:

1. China wird von sich aus keinen Krieg mit den Vereinigten Staaten provozieren. China hat keine Trup-

zum Kapitalismus heraufbeschworen hat. Wir sind davon überzeugt, daß auch sie schließlich die Rückkehr auf den revolutionären Weg erzwingen und in brüderlicher Solidarität mit den Werktätigen jener sozialistischen Länder, die den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus treu geblieben sind, dem Sozialismus in ihren Ländern endgültig zum Triumph verhelfen werden.

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die sich vom Joch des Imperialismus und Kolonialismus befreit haben, und all den Helden der vom Imperialismus und Kolonialismus unterdrückten Völker, die noch den Kampf um ihre Befreiung führen müssen - vor allem dem heroischen Volk Vietnams, das im Norden wie im Süden der materiellen Überlegenheit der amerikanischen Aggressoren die moralische Überlegenheit der Verteidigung ihrer gerechten Sache entgegensetzen und dem US-Imperialismus immer schwerere militärische und politische Niederlagen bereiten.

Unsere Solidarität gilt aber auch jenen tausenden und abertausenden Kämpfern für den Fortschritt der arbeitenden Menschheit, die im Kampf für die gemeinsame Sache ihr Leben lassen mußten, besonders unseren indonesischen Genossen, die dem Blutrausch verräterischer Generale, die sich zu Lakaien des Neokolonialismus gemacht haben, zum Opfer fielen. Dieser Verrat, der an den des Generals Tschangkaischek erinnert, wird aber trotz aller Massaker den schließlichen Sieg der indonesischen Kommunisten nicht verhindern können, ebensowenig, wie Tschangkaischek den Sieg der chinesischen Kommunisten verhindern konnte, die heute ohne Schwanken das größte Volk der Erde siegreich zum Sozialismus führen.

Fortsetzung von Seite 1

Ministerpräsident Tschous Vier-Punkte-Erklärung über Chinas Politik in bezug auf die Vereinigten Staaten

pen nach Hawaii geschickt; es sind die Vereinigten Staaten, die chinesisches Territorium, nämlich die Provinz Taiwan, besetzt haben. Trotzdem hat sich China bemüht, die Vereinigten Staaten auf dem Verhandlungswege aufzufordern, die amerikanischen Streitkräfte aus der Provinz Taiwan und der Taiwan-Straße abzuziehen; zu diesem Zweck hat China mit den Vereinigten Staaten bereits länger als zehn Jahre verhandelt, zuerst in Genf und dann in Warschau. Da es sich hier um eine prinzipielle Frage handelt, sind keine Zugeständnisse möglich. All das ist ein sehr guter Beweis.

2. Die Chinesen stehen zu dem, was sie sagen. Mit anderen Worten, wenn irgendein Land in Asien, Afrika oder sonstwo einer Aggression der von den Vereinigten Staaten geführten Imperialisten ausgesetzt ist, werden es die chinesische Regierung und das chinesische Volk entschlossen unterstützen und ihm helfen. Sollten diese gerechten Aktionen zu einem amerikanischen Überfall auf China führen, werden wir ohne Zögern Widerstand leisten und bis zum Ende kämpfen.

3. China ist vorbereitet. Sollten die Vereinigten Staaten China einen Krieg aufzwingen, so ist es sicher, daß die Vereinigten Staaten, falls sie einmal in China sind, nicht mehr zurück können, ganz gleich, wie viele Truppen und welche Waffen, einschließlich der Atomwaffen, die Vereinigten Staaten einsetzen werden. Da es das 14-Millionen-Volk von Südvietnam mit mehr als 200 000 amerikanischen Soldaten aufnehmen kann, kann es das 650-Millionen-Volk von China ohne Zweifel mit 10 Millionen aufnehmen. Ganz gleich, wie viele amerikanische Aggressionstruppen kommen werden, sie werden in China mit Sicherheit vernichtet werden.

4. Wenn der Krieg einmal ausgebrochen ist, gibt es keine Grenzen mehr. Einige amerikanische Strategen möchten China bombardieren und einen Bodenkrieg vermeiden, weil sie sich auf ihre Luft- und Seeüberlegenheit verlassen. Das ist ein Wunschtraum. Wenn der Krieg zur Luft oder zur See beginnt, wird es nicht an den Vereinigten Staaten allein liegen, zu entscheiden, wie der Krieg fortgesetzt wird. Wenn Sie von der Luft her kommen können, warum sollten wir dann nicht vom Boden aus zurückschlagen können? Das bedeutet es, wenn wir sagen, wenn der Krieg einmal ausgebrochen ist, wird es keine Grenzen geben.

Peking Rundschau *17. Mai 1966*

DER INTERNATIONALE KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS

Wenn wir heute versuchen wollen, einen Überblick über die politische Situation zu geben, in der die Gründung unserer Organisation erfolgt, so muß vorausgeschickt werden, daß es schon aus rein zeitlichen Gründen unmöglich wäre, eine auch nur die wichtigsten Fragen berührende, geschweige denn eine wirklich gründliche Darstellung zu geben. Wir müssen uns daher heute auf eine sehr kurze Behandlung einiger Hauptfragen beschränken.

Die heutige weltpolitische Situation ist durch die weltweiten Aggressionen des amerikanischen Imperialismus, durch den Kampf der Völker - einschließlich des amerikanischen - gegen ihn, durch die Schützenhilfe der Revisionisten für die USA-Imperialisten und durch die Neuformierung der antiimperialistischen und antirevisionistischen Kräfte gekennzeichnet.

Während es den Imperialisten gelungen ist, mit alten und neuen Methoden, durch offene oder verhüllte Intervention einzelne verlorene Machtpositionen vorübergehend zurückzugewinnen, haben sich in anderen Ländern der Welt neue Fronten des antiimperialistischen Kampfes gebildet und sind den Imperialisten dort neue Schwierigkeiten und Verluste entstanden.

Die von den Imperialisten durch neokolonialistische Methoden oder durch offene Aggression wieder unter ihre Botmäßigkeit gebrachten Völker können und werden sich mit diesem Zustand nicht abfinden. Das beweist der in diesen Ländern in neuen Formen weitergehende Kampf, der allen Imperialisten große Sorgen bereitet. Die größten Sorgen bereitet ihnen, vor allem den amerikanischen Imperialisten, die politische und militärische Entwicklung in Vietnam. Die ständige Steigerung der Brutalität der Kriegführung der US-Imperialisten - die sie verschämt als Aufschaukelung bezeichnen - , die gewaltige Erhöhung ihres Einsatzes an Waffen und Soldaten hat ihre militärische Lage nicht verbessert und ihre politische Situation zusehends verschlechtert. Die einmütige Ablehnung ihres Söldlings Ky durch das vietnamesische Volk hat sie vor aller Welt als Okkupanten entlarvt, die sich in Vietnam nur auf ihre Kriegsmaschine und die schrumpfende Schar ihrer Söldlinge stützen können.

DER MODERNE REVISIONISMUS HILFT DEM IMPERIALISMUS

Während aber die US-Imperialisten in der DR Vietnam ihre Bombenteppiche bis zu den Vorstädten von Hanoi und Haiphong, bis an die Grenzen Volkschinas vorschieben, haben sich die Führer der KPdSU auf dem 23. Parteitag vorbehaltslos zu den revisionistischen Beschlüssen des 20. und 22. Parteitags bekannt, darunter auch zu jener Kapitulationspolitik, die Chruschtschow unter der irreführenden Bezeichnung "friedliche Koexistenz" zum Grundprinzip der sowjetischen Außenpolitik erklärt hatte. Die "Koexistenz" der immer aktiver werdenden amerikanischen Bombengeschwader und der so merkwürdig wenig in Erscheinung tretenden sowjetischen Abwehrraketen in der Demokratischen Republik Vietnam ist das sichtbare Ergebnis dieser Politik, die so stark an die Münchner Politik der Westmächte unmittelbar vor dem Ausbruch des 2. Weltkriegs erinnert. Diese damalige Politik, die bekanntlich als notwendig empfohlen wurde, um den Weltkrieg zu verhindern, hat ihn tatsächlich überhaupt erst ermöglicht, weil die Zugeständnisse an den deutschen Imperialismus diesen nur zu immer frecheren Aggressionen ermutigten.

Die gefährlichen Auswirkungen dieser im Wesen gleichen, fälschlich als "friedliche Koexistenz" bezeichneten Politik zeigen sich immer deutlicher. Trotz der offenen US-Aggression gegen Südvietnam, trotz des zwar nicht formell erklärten, aber tatsächlich geführten Krieges der US-Imperialisten gegen das dem sozialistischen Lager angehörende Nordvietnam bemühen sich die Führer der KPdSU in allen übrigen Teilen der Welt, den amerikanischen Imperialisten ein ruhiges Hinterland zu verschaffen. Anstatt überall, wo es nur möglich ist, den Druck auf den US-Imperialismus zu verstärken und ihn so zur Zersplitterung der Kräfte seiner Angriffsmaschine zu zwingen, haben es die Führer der KPdSU mit ihrer falschen Politik sogar möglich gemacht, daß die amerikanischen Imperialisten aus Westdeutschland einen Teil ihrer Kerntruppen abziehen und nach Vietnam werfen, das heißt, eine Verschärfung und Ausweitung ihrer Aggressionen vornehmen konnten!

Die vom 20. und 22. Parteitag der KPdSU beschlossene und vom 23. Parteitag neuerlich bestätigte revisionistische Politik hat zur ideologischen Verwirrung - zur "Aufweichung", wie es die bürgerlichen Politiker nennen - also zur Ermunterung offen konterrevolutionärer Kräfte und in der Folge zu schweren wirtschaftlichen Rückschlägen in den von Revisionisten beherrschten sozialistischen Ländern geführt. Von den großen Versprechungen, mit denen Chruschtschow auf dem 22. Parteitag sein revisionistisches Programm garnierte - bis 1970 freie Miete, freie Benützung von Verkehrsmitteln, kostenlose Werksküchen usw. - ist nichts übriggeblieben, nicht einmal er selbst. Geblieben aber ist dieses untaugliche Programm, die revisionistische Linie der sowjetischen Führung und der unermeßliche Schaden, den sie der ganzen kommunistischen Weltbewegung zugefügt hat.

Das zeigt sich auch in der politischen Entwicklung in den kapitalistischen Ländern Europas. Zugleich mit ihrer Darstellung der sozialdemokratischen Parteien als angeblich wirklich den Sozialismus erstrebende und zu ihm führende Parteien haben die Revisionisten die Behauptung von einer allgemeinen "Linksentwicklung" dieser Parteien und in den kapitalistischen Ländern überhaupt aufgestellt. Wenn man aber die tatsächliche Entwicklung mit dieser Behauptung konfrontiert, so erweist sich das genaue Gegenteil. Wohl haben in letzter Zeit in einigen dieser Länder sozialdemokratische Parteien - wie in Finnland und in England - große Wahlsiege errungen. Aber nirgends haben diese Wahlsiege die Bourgeoisie dieser Länder auch nur im geringsten erschreckt oder beunruhigt. Es gibt daneben aber andere Länder, in denen sozialdemokratische Parteien, die jahrzehntelang maßgebliche Regierungsparteien waren - wie in Norwegen und in Österreich - durch ihre verhängnisvolle Politik bedeutenden Wahlerfolgen der bürgerlich-reaktionären Parteien den Weg bereiteten. Ihre Neuorientierung gegenüber den sozialdemokratischen Parteien, von der die Revisionisten eine Linksentwicklung dieser Parteien und eine Stärkung der "Arbeitereinheit" versprachen, hat genau das Gegenteil gebracht. Relativ links stehende sozialdemokratische Parteien, die früher mit den Kommunisten ihrer Länder weitgehend zusammenarbeiteten, haben sich nach rechts entwickelt und bereiten ihre Wiedervereinigung mit den rechtssozialistischen Parteien vor - wie in Italien und Finnland - und zwar auf dem programmatischen Boden dieser Rechtsparteien.

Das Festhalten der Führer der KPdSU an den revisionistischen Beschlüssen ihres 20. und 22. Parteitags, die Fortsetzung ihrer Politik der Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus, hat trotz aller ihrer Lippenbekenntnisse zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung die Spaltung darin nur noch vertieft.

Doch so groß die daraus erwachsenden Schwierigkeiten und Probleme auch sein mögen - es gibt nichts Schlechtes, das man nicht auch zum Guten wenden könnte. Die Kollaboration der revisionistischen Führer mit der bürgerlichen Welt und ihren Agenturen hat die Neuformierung und den engeren Zusammenschluß der den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus treu gebliebenen kommunistischen Parteien sowie die Neugründung solcher Parteien in den Ländern, in denen die ehemals revolutionären Parteien revisionistisch degenerierten, als unumgängliche Notwendigkeit erwiesen. Nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa und weit darüber hinaus sammeln sich in unseren Tagen die wahren Kommunisten, die konsequenten Marxisten-Leninisten und proletarischen Internationalisten in Gruppen, Organisationen und Parteien, um die Fahne der sozialistischen Revolution neu zu erheben. Hierin manifestiert sich die wahre Linksentwicklung, vor der wir stehen, verkörpert sich die gewaltige Regenerationsfähigkeit der proletarischen Bewegung, ihre Zukunftshoffnung und Siegesgewißheit!

DIE INNENPOLITISCHE SITUATION NACH DEN MÄRZ-WAHLEN

Auch wir österreichischen Kommunisten sehen uns vor diese Notwendigkeit gestellt. Die heute erfolgte Gründung unserer Organisation der Marxisten-Leninisten Österreichs ist ein erster Schritt zur Lösung der Aufgabe, eine nicht nur dem Namen, sondern ihrem Wesen nach kommunistische, also wirk-

lich revolutionäre, fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehende Partei in unserem Lande neu zu schaffen.

Wenn wir uns an diese äußerst schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe heranwagen, dann müssen wir das im vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verpflichtungen und mit ganzer Bereitschaft, diesen Verpflichtungen gerecht zu werden, tun. Eine erste Voraussetzung dazu ist, uns Klarheit über die innenpolitische Lage, in der die Gründung unserer Organisation erfolgt, zu verschaffen.

Die Wahl vom 6. März 1966 hat zu einer sichtbaren Veränderung der politischen Verhältnisse in unserem Land geführt. Nach mehr als 20 Jahren der Koalition zwischen ÖVP und SPÖ ist die Österreichische Volkspartei zur Alleinregierung übergegangen. Dieser Wechsel des Regierungssystems ist zwar keine grundsätzliche, aber doch eine so bedeutungsvolle Änderung der politischen Gegebenheiten, daß wir ihre Ursachen und Auswirkungen genauer untersuchen müssen.

Was sich nicht geändert hat, sind die Herrschaftsverhältnisse. Österreich war auch in der Zeit der Koalition ein kapitalistisches Land, sein Staat auch in dieser Zeit ein Klassenstaat, in dem die Bourgeoisie die herrschende Klasse war. Daran hat sich nichts geändert; es wäre daher irreführend, von einer Alleinherrschaft der ÖVP zu sprechen, da in einem Klassenstaat immer eine Klasse herrscht und nicht eine Partei. Die Parteien, welche die Regierung bilden, sind nur ausübende Organe dieser Klassenherrschaft und daran ändert kein Wechsel des Rerierungssystems etwas. Wir müssen daher richtigerweise von der Alleinregierung der ÖVP sprechen und nicht von ihrer Alleinherrschaft.

Ebenso falsch und irreführend wäre es, die Ursache für den Übergang von der VP-SP-Koalitionsregierung zur VP-Alleinregierung in den Ergebnissen der Wahl vom 6. März zu suchen. Auch dieser Wahlausgang hätte ja die Fortsetzung der Koalition ermöglicht, wenn die ÖVP - richtiger gesagt, der über ihre Politik bestimmende Teil der Bourgeoisie - dazu bereit gewesen wäre. Die Bereitwilligkeit der SPÖ-Führung, die Koalition auch unter sehr bescheidenen, durchaus nicht unerfüllbaren Minimalbedingungen fortzusetzen, hat ja der Parteitag der SPÖ bewiesen.

KOALITION UND "OPPOSITION"

Von dieser durchaus richtigen Überlegung ausgehend, sind wir vor und während der Wahlkampagne dennoch zu einer falschen Schlußfolgerung gelangt, als wir den Standpunkt vertraten, die Koalition zwischen VP und SP werde unabhängig vom Wahlausgang auf jeden Fall fortgesetzt werden. Uns war klar, daß die Koalition unabhängig vom Wahlausgang auf jeden Fall fortgesetzt würde, soferne die Bourgeoisie - und damit auch die ÖVP - daran interessiert sei. Was wir jedoch überschätzten, war dieses Interesse der Bourgeoisie. Die Praxis hat bewiesen, daß dieses Interesse nicht mehr bestand und daß wir in dieser Hinsicht eine Fehleinschätzung hatten.

Wir halten es für unsere Pflicht, das offen und ohne jeden Beschönigungsversuch, so selbstkritisch, wie das für Kommunisten selbstverständlich ist, festzustellen. Wir tun das nicht, um uns damit in ein besseres Licht zu stellen, sondern weil wir es als unbedingte Notwendigkeit betrachten, begangene Fehler selbst aufzudecken, ihre Ursachen festzustellen und damit die Möglichkeiten zu finden, ihre Wiederholung zu vermeiden.

Unsere Fehleinschätzung des gegenwärtigen Interesses der österreichischen Bourgeoisie an der Koalition veranlaßt uns, unsere ganze Stellungnahme zur Wahl, während des Wahlkampfes und nach der Wahl selbstkritisch zu untersuchen.

Zur vorzeitigen Wahlausschreibung stellten wir fest, daß darin das Bestreben beider Regierungsparteien zum Ausdruck kam, in allernächster Zeit und nicht unter dem Druck nachfolgender Wahlen gemeinsam eine Reihe höchst unpopulärer Maßnahmen durchzuführen. War diese Einschätzung richtig?

Ja, sie war richtig. Soweit es die Pläne der ÖVP betrifft, wird das durch die Regierungserklärung von Klaus bestätigt. Wäre aber auch die SP-Führung zur Durchführung dieser Maßnahmen bereit gewesen? Wir rühren hier an eine Kernfrage der Koalition.

DER DRUCK AUF DIE SPÖ-FÜHRUNG

Man kann nicht annehmen, daß die SP-Führung bereit und imstande sei, allen Wünschen der ÖVP in deren vollem Ausmaß zu entsprechen, also bei der Verwirklichung der Pläne der ÖVP von A bis Z und bis ins Detail mitzumachen. Daß das nicht so ist, liegt nicht etwa daran, daß - wie die Revisionisten behaupten - die SPÖ ja doch eine, wenn auch ungenügende und unkonsequente Interessenvertretung ihrer Wähler, also vor allem der Arbeiter und Angestellten sei, sondern ausschließlich daran, daß sie eine Politik machen und für ihre Tätigkeit Formen finden muß, bei denen sie das Vertrauen ihrer Anhänger und Wähler nicht sofort verliert. Der bedeutende Stimmenverlust der SPÖ und auch der relativ große Wahlerfolg Olahs beweisen, daß die SP-Führung in der abgelaufenen Regierungsperiode in dieser Beziehung bereits unterhalb der zur Erhaltung ihres Einflusses notwendigen Mindestmarke lag. Andererseits beweist aber der Verlauf ihres außerordentlichen Parteitags, daß die SP-Führung - die ja ihrer Rolle entsprechend, im wesentlichen immer eine Politik macht, die letzten Endes auch zu Rückschlägen für sie selber führen muß - trotz alledem zu noch größeren Konzessionen an die ÖVP und zu noch fauleren Kompromissen bereit gewesen wäre. Von den 3 Bedingungen, die sie für eine Fortsetzung ihrer Regierungsbeteiligung stellte, betraf nur die dritte - nämlich, daß die ÖVP bei der Budgeterstellung ihre Koalitionspartei nicht einfach überstimmen dürfte - den Inhalt einer weiteren Zusammenarbeit in der Regierung. Die beiden anderen Bedingungen - Garantie einer zumindest anderthalbjährigen Aufrechterhaltung der Koalition und Erhaltung des Kompetenzbereiches der von SP-Vertretern zu leitenden Ministerien - betrafen nur den rechtlichen Status und nicht das politische Programm der Koalition. Und sogar das Verlangen nach der Zusicherung, beim Budget nicht einfach majorisiert zu werden, schloß keinerlei konkrete Ablehnung irgendeiner der seit langem bekannten und geplanten "unpopulären Maßnahmen" ein, als die man das zu umschreiben pflegt, was in Wirklichkeit der Generalangriff auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung ist. Die Füh-

rung der SPÖ hat es auch geflissentlich vermieden, dem Parteitag den Entwurf eines Minimalprogramms für ihre eventuelle Regierungsbeteiligung vorzulegen. Sie wollte sich erst garnicht in die Gefahr begeben, bei ihrer Mitarbeit in der Regierung durch einen konkreten Beschluß in irgendeiner konkreten Frage gebunden zu sein oder irgendeine Empfehlung berücksichtigen zu müssen. Aber gerade solche konkreten Fragen hätte der SPÖ-Parteitag beraten und beschließen müssen, wenn er nicht zu jener mißglückten, leeren Drohung werden wollte, als die ihn die ÖVP bewertet hat. Alles das beweist, daß die SP-Führung trotz der am 6. März erhaltenen Prügel bereit gewesen wäre, der ÖVP noch größere Konzessionen als zuvor zu machen, wenn die ÖVP ihr die goldene Brücke zur Koalition gebaut und die so bescheidenen Forderungen der SPÖ akzeptiert hätte.

Wenn die ÖVP trotz weitestgehender Kapitulationsbereitschaft auf ihren ultimativen, für die SP-Führung aus reinem Parteiinteresse, das heißt aus Gründen der Selbsterhaltung unannehmbaren Forderungen beharrte, dann mußte sie - bzw. die Bourgeoisie, deren ausführendes Organ sie ist - sehr triftige Gründe dafür gehabt haben. Um welche Gründe handelt es sich dabei?

DIE WIEDERERSTARKTE BOURGEOISIE GREIFT ZU NEUEN REGIERUNGSFORMEN

Wir haben schon auf den widerspruchsvollen Charakter der Koalition hingewiesen. Wir haben auch davon gesprochen, daß in einem bürgerlichen Klassenstaat wie dem unseren die Herrschaft von der Bourgeoisie ausgeübt wird. Allerdings übt sie diese Herrschaft nicht direkt und für jeden unmittelbar sichtbar aus, sondern betraut mit der Machtausübung von ihr scheinbar unabhängige Parteien und Personen. Diese Tarnung ihrer Herrschaft läßt sich die Bourgeoisie auch etwas kosten. Zur Tarnung dieser ihrer Herrschaft ist sie auch bereit, Parteien und Menschen an der Regierung teilnehmen zu lassen, die sich den Anschein von Interessenvertretern der arbeitenden Bevölkerung geben, in Wirklichkeit aber in allen entscheidenden Fragen eine Politik im Interesse der Bourgeoisie zu machen bereit sind. Besonders in für sie kritischen Zeiten ist die Bourgeoisie dazu geneigt, die Machtausübung ganz oder teilweise angeblichen Arbeitervertretern zu überlassen, welche die revolutionierten Massen in die Illusion wiegen, daß sie schon an der Macht seien oder zumindest an ihr teilhaben und daß es daher nicht mehr notwendig sei, die Gesellschaftsordnung revolutionär zu verändern. In einer solchen Situation entstand 1945 die Koalition. Damals versprach sogar die ÖVP, daß das neuerstandene Österreich ein Staat auf revolutionärer Grundlage sein werde. Die Bourgeoisie, die mit dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes ihren ganzen politischen Machtapparat verloren hatte und deren wirtschaftliche Positionen schwer angeschlagen waren, brauchte damals die Koalition, um ungestört von revolutionären Bestrebungen der Massen ihre wirtschaftliche und politische Macht wiedererlangen, ihren Staatsapparat wieder funktionsfähig machen zu können. Das Koalitionsregime hat ihr das auch ermöglicht. Der Preis, den die Bourgeoisie dafür zu zahlen hatte, bestand darin, daß sie den SP-Führern eine gewisse Manövrierfähigkeit gewähren, daß sie der Bevölkerung gewisse Zugeständnisse machen mußte. Aber je fester die Bourgeoisie sich wieder im Sattel fühlte, desto lästiger empfand sie diese Konzessionen, desto weniger schien ihr die Regierungsbeteiligung der SP-Führer notwendig, desto ungenierter trat sie durch ihr Sprachrohr - die ÖVP - mit der Forderung nach Rückgängigmachung aller Konzessionen hervor.

Die SPÖ-Führer kapitulierten vor diesen Forderungen immer mehr, aber ihrer Kapitulationsbereitschaft war doch immer eine gewisse Schranke gesetzt, wollten sie das Vertrauen ihrer Anhänger nicht allzu schnell verspielen. Diese Schranke war umso höher, je stärker der Druck war, den die Kommunisten auf die SP-Führer ausübten - solange die Politik der KPÖ noch revolutionär war und sie die Entlarvung der SP-Führung als Helfershelfer der Bourgeoisie noch als eine ihrer grundlegenden Aufgaben betrachtete . So nötigte der Kampf der Kommunisten - teilweise auf dem Umweg über die SP - der ÖVP bzw. der Bourgeoisie größere Zugeständnisse ab als die, zu denen sie ohne diesen Kampf gezwungen gewesen wären.

Die Entwicklung der letzten Jahre in Österreich ist nun dadurch gekennzeichnet, daß es - besonders nach Abschluß des Staatsvertrages - der Bourgeoisie immer rascher gelang, ihre wirtschaftliche und politische Macht zu festigen, daß sie die SP-Führung zu immer offeneren Kapitulationen trieb und daß die KPÖ revisionistisch entartete. Mit dem Abflauen des Druckes aber, den die Kommunisten über die breiten Schichten der Arbeiterklasse auf die SP-Führung ausübten, sank auch der Preis der SP-Führung für die Bourgeoisie bzw. die ÖVP, stieg die Bereitschaft und Möglichkeit der ÖVP, mit den Konzessionen Schluß und "reinen Tisch" zu machen.

Die Verhältnisse, welche die Bewegungsfreiheit der ÖVP längere Zeit eingeengt hatten, führten zur Ansammlung einer Reihe von Aufgaben, deren Lösung die Bourgeoisie von ihr erwartete, die sie aber zunächst nicht oder nur teilweise durchführen konnte. Solche nur teilweise durchgeführten Wünsche der Bourgeoisie betreffen z.Bsp. die Habsburgfrage, die Aufhebung des Mieterschutzes, die Entstaatlichung, den EWG-Anschluß usw. Mit diesem Stand der Dinge wollte sich die Bourgeoisie auf die Dauer nicht abfinden, zumal dazu auch immer weniger Notwendigkeit zu bestehen schien. So kam es zum Entstehen, Erstarken und schließlich zur Machtübernahme der sogenannten Reformer innerhalb der ÖVP, die reinen Tisch zu machen drängten. Mit dem Hinauswurf der SP-Führung aus der Regierung glauben sie, sich dazu günstigere Voraussetzungen geschaffen zu haben.

. . . ABER DIE SPÖ-FÜHRUNG ARBEITET WEITER MIT DER ÖVP ZUSAMMEN

Es gibt aber sicherlich auch noch andere Gründe für den Übergang der ÖVP zur Alleinregierung. Eine wesentliche Rolle spielt die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit, die durch sinkende Tendenz der jährlichen Produktionszuwachsrate und durch steigende Tendenz des Außenhandelsdefizits gekennzeichnet ist. Beides deutet darauf hin, daß der Höhepunkt der Konjunktur überschritten sein dürfte. In diesem Zusammenhang muß man das Riesenpaket an reaktionären Maßnah-

men, das die ÖVP jetzt auf den Markt werfen will, als einen Versuch der Bourgeoisie betrachten, heraufziehende wirtschaftliche Schwierigkeiten auf dem Rücken des arbeitenden Volkes zu lösen. Diese unpopulären Maßnahmen lassen aber auch Empörung, Erbitterung und Widerstand der arbeitenden Bevölkerung erwarten, die in ungefährliche Bahnen zu lenken schon immer das erste Bestreben und die mit Gewaltmaßnahmen zu unterdrücken der letzte Ausweg der Bourgeoisie ist. Die Aufgabe, die Erbitterung der arbeitenden Menschen in für die Bourgeoisie ungefährliche Bahnen abzulenken, wurde schon seit der Jahrhundertwende insbesondere der SP-Führung zugedacht und von dieser bis zu einem gewissen Grad auch immer wieder gelöst. Unter den in Österreich jetzt bestehenden Bedingungen kann die SP-Führung diese Aufgabe in der "Opposition" besser und leichter lösen als wenn sie sich durch ihre offene Beteiligung an der die reaktionäre Offensive vorantragenden Regierung kompromittierte.

Zusammenfassend kann man sagen: die Koalition, die für die Bourgeoisie nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes eine Notwendigkeit zur Wiederherstellung ihrer Macht war, hat sich für sie allmählich in ein gewisses Hindernis zur vollen Ausnützung der Macht verwandelt, die sie mit Hilfe der SP-Führung wiedererlangt hat. Die Bourgeoisie fühlt sich heute in Österreich wieder stark genug, ihre Interessen unmittelbar durch die ÖVP vertreten zu lassen und rechnet dabei nur insoferne mit der Hilfe seitens der SP-Führung, als diese imstande ist, oppositionelle Stimmungen aufzufangen und abzulenken sowie in die dennoch kommenden unvermeidlichen Kämpfe der Arbeiterklasse bremsend einzugreifen.

Wenn wir davon sprachen, daß die Koalition unabhängig vom Wahlausgang fortbestehen werde, so haben wir die Widersprüchlichkeit des Koalitionsregimes übersehen, die darin besteht, daß dieses Regime beiden Parteien zugleich Vorteile und Nachteile bringt, wobei für die ÖVP die Nachteile bereits die Vorteile zu überwiegen begannen.

Unsere Fehleinschätzung der Perspektiven der Koalition ergibt sich keineswegs daraus, daß wir etwa die Rolle der SP-Führung als Helfershelferin der Bourgeoisie falsch beurteilt hätten. Nicht nur ihre Politik des Wiederaufpäppelns der Bourgeoisie in den ersten Nachkriegsjahren, nicht nur ihre Politik des ständigen Kapitulierens vor der wiederaufgepäppelten Bourgeoisie innerhalb von zwei Jahrzehnten Koalitionsregierung hat unsere Beurteilung der SP-Führung als richtig bestätigt - auch die Haltung der SPÖ als frischgebackene "Oppositionspartei" beweist die Richtigkeit unserer Einschätzung.

Für die SPÖ-Führung ist mit dem Hinauswurf aus der Regierung die Zusammenarbeit mit der ÖVP noch nicht zu Ende. Die Koalition wird fortgesetzt in allen Landesregierungen, auch in den Bundesländern mit SP-Mehrheit, vor allem in Wien, obwohl hier die SPÖ sogar die absolute und eine echte und stärkere absolute Mehrheit besitzt als die ÖVP im Parlament. Die Zusammenarbeit SP-VP wird auch fortgesetzt in der "Paritätischen Kommission", die in Wirklichkeit nur ein Ableger der Koalitionsausschüsse war und geblieben ist. Daß die Führung der SPÖ die Brücken zur ÖVP bei weitem nicht abgebrochen hat, zeigte auch Pittermanns Stellungnahme zur Regierungserklärung, worüber die "Arbeiter-Zeitung" unter dem Titel "Die ÖVP braucht die Sozialisten" berichtete. Keinen Zweifel über den Charakter der "Opposition" der SP-Führung offen ließ auch Kreisky in einem dem westdeutschen "Spiegel" gewährten Interview. Er erklärte darin, die SPÖ wünsche eine ruhige Opposition ohne Streiks und Demonstrationen, die nicht den Weg zu einer neuerlichen Zusammenarbeit mit der ÖVP verlege. Die SPÖ-Führung wird also in ihrer Rolle als Scheinopposition für die ÖVP und für die österreichische Bourgeoisie von ebenso großem Wert sein wie vorher als angebliche Arbeitervertretung in der Regierung. Das ist für uns keine Überraschung und wir hätten das auch vor den Wahlen unterstreichen sollen. Statt zu sagen, daß die Koalition unabhängig vom Wahlausgang weiterbestehen werde, hätten wir sagen müssen, daß die SP-Führung unabhängig davon, ob sie in der Koalition bleibt oder in die "Opposition" geht, die Zusammenarbeit mit der ÖVP fortsetzen wird.

Unsere Fehleinschätzung war keine prinzipielle, sondern eine taktische. Sie hat es uns aber erschwert, die prinzipielle Richtigkeit unserer Beurteilung der Lage verständlich zu machen und hat es den SP-Führern und den KPÖ-Revisionisten erleichtert, ihre schädliche Politik zu bemänteln.

UNSERE EINSCHÄTZUNG DES WAHLAUSGANGS

Wir haben auch den Wahlausgang richtig vorausgesehen. Wir haben richtig vorausgesagt, daß die Wahlempfehlung der KPÖ die Wahlaussichten der ÖVP eher verbessern als beeinträchtigen, die absolute ÖVP-Mehrheit im Parlament eher begünstigen als verhindern werde. Ebenso haben wir richtig vorausgesehen, daß angesichts der weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der Politik der SP-Führung und mangels einer für die Massen erkennbaren Alternative in Form einer kämpferischen Arbeiteropposition die Olahpartei einen starken Auftrieb erhalten wird. Wir hatten uns auch bezüglich des Abschneidens unserer Arbeiterliste keine Illusionen gemacht. Das Wahlergebnis der Arbeiterliste MLÖ hat uns nicht befriedigen, aber auch nicht entmutigen können. Der auf unsere Liste entfallende Prozentsatz an Stimmen liegt in der Größenordnung dessen, was die KPÖ in der 1. Republik - unter damals günstigeren objektiven Umständen - bei ihrer Erstkandidatur erzielen konnte. Das bedeutet, daß unser Erstergebnis eine ausbaufähige Ausgangsposition sein kann, wenn wir mit unserer ganzen Kraft und mit richtiger Einschätzung der politischen Lage und Kräfteverhältnisse an den Aufbau unserer Organisation schreiten.

Für die Führung der KPÖ aber bedeutet das Wahlergebnis einen schweren Schlag - und das nicht nur, weil sie keines der beiden Ziele erreicht hat, mit denen sie den Mitgliedern die Wahlempfehlung für die SPÖ schmackhaft zu machen versuchte, sondern deshalb, weil ihre Politik die innerparteiliche Krise verstärkte und ein weiterer Rückschlag eingetreten ist, der im Wahlkreis 4 im Verlust von zumindest 2500 Stimmen (statt einem Gewinn von 7000) zum Ausdruck kam. Dazu kommt jetzt die scheinoppositionelle Haltung der SP-Führung, welche den Revisionisten die letzten Chancen nimmt, den unaufhörlichen Auflösungsprozeß der KPÖ abzustoppen. Als Scheinopposition einer Scheinopposition hat die KPÖ keinerlei Aussichten, noch als ernstzunehmende

politische Kraft angesehen zu werden. Der Verlust von fast einem Drittel der Stimmen der Gewerkschaftlichen Einheit bei den Wiener Gemeindebediensteten hat das nur zu deutlich gezeigt.

Umso wichtiger ist es gerade jetzt, die besten Genossen der KPÖ für uns zu gewinnen! Die jüngste Entwicklung hat uns neue, gerade für Kommunisten sehr überzeugende Argumente geliefert. Selten noch hat die Praxis so schnell revisionistische Thesen widerlegt wie die letzten Ereignisse die vom 19. Parteitag der KPÖ beschlossenen "Thesen". Wie kann man es heute noch wagen, von der "Mitbestimmung", von der "Erneuerung und Erweiterung der Demokratie" im gegenwärtigen Österreich zu sprechen oder von der Möglichkeit, gemeinsam mit "allen demokratischen Parteien", also auch mit der ÖVP, friedlich zum Sozialismus zu gelangen, ohne sich dem Spott und dem Gelächter seiner Zuhörer auszusetzen?

NEUE GEFAHREN - NEUE MÖGLICHKEITEN

Die neue Situation bringt neue Gefahren mit sich und eröffnet gleichzeitig neue günstige Perspektiven.

Worin bestehen die Gefahren?

Die SP-Führung versucht heute, die Koalition als das verlorene Paradies hinzustellen. Sie will durch die nachträgliche Glorifizierung des Koalitionsregimes eine Stimmung erzeugen, die es ihr ermöglicht, sich von der Schuld an der mit Hilfe der Politik der "Sozialpartnerschaft" durchgeführten Aufpäppelung der Reaktion reinzuwaschen. Die SP-Führung versucht, die lähmende Einstellung zu verbreiten, daß man sich eben bis zur nächsten Wahl durchwursteln müsse, bei der dann die ÖVP "mit nassen Fetzen" - bzw. mit dem Stimmzettel - davongejagt werde, da sie in den bis dahin verstrichenen vier Jahren gründlich abwirtschaften werde.

Viele Arbeiter, darunter auch Mitglieder der KPÖ, sind solchen Argumenten zugänglich. Sie übersehen dabei nur eines: in der bürgerlichen Demokratie ist es für reaktionäre, antidemokratische Parteien und Gruppierungen relativ leicht, ganz legal die Regierung zu übernehmen, es ist danach aber meistens sehr schwer, oft sogar ganz unmöglich, sie ihnen nach den gleichen Spielregeln der bürgerlichen Demokratie wieder zu entreißen. In den Dreißigerjahren ließen sich auch ehrliche Antifaschisten einreden: "Laßt diesen verrückten Hitler nur an die Macht kommen - in spätestens einem Jahr wird er abgewirtschaftet haben!" Das "Abwirtschaften" hat aber 12 Jahre gedauert und ein Meer von Blut gekostet. Gewiß - heute ist eine andere Zeit und Klaus ist nicht Hitler. Wir wissen wohl, daß es in beiden Hinsichten große Unterschiede gibt, aber eine historische Erfahrung darf man nie außer acht lassen: jede reaktionäre, antidemokratische Partei - und das ist die ÖVP ihrer Herkunft und ihrer Rolle nach - benützt die Zeit ihrer Regierungsgewalt zur Befestigung ihrer Machtpositionen. Wenn man sich damit begnügt, abzuwarten bis die ÖVP "abwirtschaftet", dann kann es sein, daß die bürgerliche Demokratie bei den nächsten Wahlen bereits so aussieht, daß eine Wahlniederlage der ÖVP kaum noch möglich ist. Die ÖVP ist auf dem besten Weg dazu, ihre Macht in dieser Richtung auszubauen. Zum Beispiel hat sie sich bereits eine faktische Monopolstellung in bezug auf die politischen Sendungen im Rundfunk gesichert.

Man darf aber ebensowenig die politische Manövrierfähigkeit der ÖVP unterschätzen. Wir alle wissen, welch geballte Ladung an "unpopulären Maßnahmen" sie abzufeuern gedenkt. Es wäre aber naiv, zu glauben, daß sie alle diese Maßnahmen gleichzeitig oder Schlag auf Schlag in einer Form durchzuführen plant, bei der sie auf alle Demagogie verzichtet. Sie wird ihre Schritte vielmehr in gewissen Abständen, in gewissen Abstufungen, in gewissen Raten unternehmen und manche der auf längere Sicht verheerenden Maßnahmen werden sich anfangs als garnicht so schlimm, ja für gewisse Schichten sogar als scheinbar vorteilhaft zeigen. Auch die Durchführung einzelner längst fälliger und unumgänglich gewordener Maßnahmen (wie z. Bsp. die Lohnsteuersenkung, die Gehaltsnachziehung bei den öffentlich Bediensteten) sowie ein paar billige, aber schöne Gesten kann die ÖVP natürlich zur Bemäntelung ihrer Politik heranziehen. Eine solche Taktik, kombiniert mit der Gleichschaltung der meinungsbildenden Einrichtungen (Radio, Fernsehen, Unterricht, Kirche etc.) kann trotz einer erzreaktionären Politik der ÖVP - eventuell im Bündnis mit einer demagogisch-faschistischen Scheinopposition - durchaus weitere Wahlerfolge bringen.

Auch der Übergang der SPÖ zur "Opposition" birgt neue Gefahren in sich. In ihrer neuen Position fällt es den SP-Führern leichter, ihre Verantwortlichkeit für die Preisgabe der Arbeiterinteressen zu tarnen und das Entstehen einer kämpferischen Opposition mit leeren Phrasen zu verhindern. Es ermöglicht es den SP-Führern, den arbeitenden Menschen einzureden, daß man "jetzt nichts machen" könne, weil die ÖVP eben die Mehrheit hat und nun "beschließen kann, was sie will".

Letzteres stimmt natürlich nicht. Trotz ihrer absoluten Mehrheit wird die ÖVP im Parlament nicht mehr volksfeindliche Maßnahmen beschließen können, als sich das arbeitende Volk gefallen läßt, wird sie mit dem kämpferischen Widerstand der Massen rechnen müssen. Umso mehr muß es die Aufgabe einer wirklichen Arbeiterpartei sein, diesen Widerstand schon bei den geringsten Anschlägen der Reaktion zu organisieren. Die SP-Führung wird das nicht tun - im Gegenteil. Sie wird, solange es nur geht, Kampfaktionen zu verhindern versuchen, und wenn sie das nicht mehr kann, sich an ihre Spitze stellen, um sie im entscheidenden Augenblick durch faule Kompromisse abzuwürgen.

DIE KRAFTPROBE STEHT ERST BEVOR

Die Führer der SPÖ und der KPÖ haben ihre Wahlniederlage als eine Niederlage der Arbeiterklasse hinzustellen versucht. Wir erklärten dazu richtig: auch nach dem Wahlsieg der ÖVP wird die Arbeiterklasse das erhalten, was sie selbst verteidigt, und das gewinnen, was sie selbst erkämpft! So war es schon immer und so wird es bis zum endgültigen Sieg der Arbeiterklasse bleiben.

Diesen Gedanken in die arbeitende Bevölkerung zu tragen, ihr ihre eigene Kraft zum Bewußtsein zu bringen und sie zum Einsatz ihrer Kraft, zum Kampf im Betrieb und auf der Straße zu mobilisieren, wird eine unserer wichtigsten Aufgaben sein. Wir müssen die Arbeiterklasse daran erinnern, daß sie ihre größten Errungenschaften -

den Achtstundentag, das allgemeine Wahlrecht, die Grundlagen der Sozialgesetzgebung - gegen viel stärkere absolute Mehrheiten der bürgerlichen Parteien erkämpft hat. Wir müssen sie daran erinnern, daß auch in der Ersten Republik trotz dauernder Alleinregierung der bürgerlichen Parteien gewisse Errungenschaften - wie z. Bsp. der Mieterschutz - nicht beseitigt werden konnten, ja daß das nicht einmal der Dollfuß-Faschismus wagen konnte.

Der Wahlausgang vom 6. März hat nicht nur das negative Ergebnis der Stärkung der ÖVP gebracht. Er brachte auch den weiteren Zerfall der FPÖ, obwohl die SP-Führung überhaupt keinen und die Führung der KPÖ fast keinen Kampf gegen diese reaktionärste Partei führten. Dennoch wäre es gefährlich, die FPÖ als bereits erledigt zu betrachten. Sie bleibt nach wie vor die Fünfte Kolonne der westdeutschen Revanchisten und Monopolkapitalisten. Im Zusammenhang mit einem Anschluß Österreichs an die EWG könnte die FPÖ - unter Umständen sogar als Koalitionspartner der ÖVP - neuen Auftrieb erhalten.

Auch der Wahlerfolg Olahs hat zwei Seiten. Zehntausende seiner Wähler sind Sozialisten, die zum erstenmal aller Tradition zum Trotz ihre Unzufriedenheit mit der Politik der SP-Führung zum Ausdruck bringen wollten. Waren sie auch mangels einer anderen für sie erkennbaren Alternative der Demagogie Olahs auf den Leim gegangen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß diese Menschen eine oppositionelle Kraft suchten und gewonnen werden können. Viele von ihnen haben bald nach dem 6. März die Rolle Olahs erkannt und sich wieder von ihm abgewendet. Trotzdem bleibt auch Olah weiter eine Gefahr, eine faschistische Reserve der Bourgeoisie, die wir nicht unterschätzen dürfen.

Die neue Situation, der Schritt der SP-Führung in die Opposition, hat es uns schwerer gemacht, die wahre Rolle der SP-Führung als Helfershelfer der Bourgeoisie zu entlarven. Sie erleichtert uns aber in anderer Hinsicht, die sozialistischen Arbeiter aufzurütteln. In ihrer Rolle als "Oppositionelle" sind die SP-Führer gezwungen, radikale Phrasen zu gebrauchen und einen Scheinkampf zu führen. Wir können diese radikale Sprache ausnützen, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken, und den Scheinkampf in der Richtung zu wirklichen Kämpfen weitertreiben.

Der außerordentliche Parteitag der SPÖ war zweifellos auch ein Zugeständnis an die oppositionelle Stimmung innerhalb der SP-Mitgliedschaft. Jetzt kommt es darauf an, die oppositionellen Kräfte Schritt für Schritt weiterzuführen, sie dahin zu bringen, daß sie von ihren Führern eine echte Opposition, daß sie den Einsatz der ganzen Kampfkraft der Arbeiterklasse in den Betrieben und auf der Straße verlangen. Auf diese Weise kann es einerseits möglich werden, wirkliche Kampfaktionen auszulösen, andererseits aber, sachlich und konkret nachzuweisen, daß die SP-Führer nur scheinbar in die Opposition gegangen sind, in Wahrheit aber nach wie vor mit der ÖVP gegen die Interessen der Arbeiterklasse zusammenarbeiten. In beiden Fällen wird das Klassenbewußtsein der Arbeiter wachsen.

Die Maßnahmen, welche die ÖVP durchzuführen beabsichtigt, richten sich nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern auch gegen die anderen Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Der Anschluß Österreichs an die EWG bedroht die Existenz vieler Kleingewerbetreibender und kleinerer landwirtschaftlicher Produzenten, wie sich das schon in Frankreich, einem wirtschaftlich viel stärkeren Land gezeigt hat. Das ergibt die Möglichkeit und Notwendigkeit, auch Angehörige der Mittelschichten in den Kampf gegen die reaktionäre Offensive einzubeziehen.



Das ist, knapp umrissen, die innenpolitische Lage, in der wir an die Gründung unserer Organisation schreiten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir damit eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen haben; schwierig deswegen, weil jeder Anfang schwierig ist und die objektiven Umstände uns diesen Anfang eher erschweren als erleichtern; verantwortungsvoll deshalb, weil es derzeit in Österreich zwar - die Olahpartei mitgezählt - drei Parteien gibt, die sich "Arbeiterparteien" nennen, aber keine einzige, die ihrer Politik nach eine Arbeiterpartei ist, sodaß wir vor Freund und Feind die Verpflichtungen und die Verantwortlichkeit übernehmen müssen, die eine wirkliche Arbeiterpartei zu tragen hat.

"ROTE FAHNE"

Organ der Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ)

Erscheint halbmonatlich.

Jahresabonnement S 65,-
Halbjahresabonnement S 35,-
Auslandsabonnement S 90,-
Postscheckkonto Nr. 173.848

Zuschriften erbeten an Redaktion "Rote Fahne", Wien 15., Goldschlagstr. 64/5 - 1150 (Telefon 92-10-672)



Eigentümer: MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS (MLÖ). Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl. Alle: 1150 Wien 15., Goldschlagstraße 64/5. Tel. 92-10-672

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1150